

# Evangelische Verantwortung

## Auf der Suche nach Gerechtigkeit

Dr. Fritz Hähle

Der 27. Deutsche Evangelische Kirchentag steht unter dem Motto "Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben" (Spr. 12, 28a). In Leipzig und anderswo in den jungen Ländern der Bundesrepublik Deutschland hat mancher nur ein müdes Lächeln übrig, wenn von Gerechtigkeit die Rede ist. "Es ging früher in der DDR ungerecht zu, heute ist es aber auch nicht besser!" ist eine häufig anzutreffende Meinung. Wie kommt das?

Ein sächsischer Betrieb - gerade erst saniert mit staatlichen Fördermitteln - muß seine Mitarbeiter entlassen, weil der nichtsächsische Mutterbetrieb Konkurs anmelden mußte.

Handwerker geraten in Schwierigkeiten, weil Auftraggeber die Rechnungen nicht oder erst mit großer Verspätung bezahlen.

Nicht wenige, die in der DDR dem SED-Regime allzu treu gedient hatten, haben heute immer noch oder schon wieder eine gute Position im öffentlichen Dienst.

Den Opfern des SED-Regimes wird kaum Beachtung zuteil, während die Täter straf-frei ausgehen und sogar noch mit höheren Renten "honoriert" werden.

Nachrichten und Meinungen dieser Art werden beinahe täglich über die Mas-



**Dr. Fritz Hähle:**  
Gerechtigkeit läßt sich nicht ohne kul-  
turellen Bezug definieren

senmedien verbreitet. Daß sich vielleicht am Ende auch manches zum Guten wendet, daß sich das Recht durchsetzt und Gerechtigkeit siegt, davon ist sehr viel weniger zu hören oder zu lesen.

### "Gerechtigkeitsillusion"

Der Eindruck, daß Skrupellosigkeit und Kriminalität auf dem Vormarsch sind, daß der Ehrliche meist der Dumme ist - zumindest wenn es um materielle Güter geht - läßt viele an dem System zweifeln, das sie vor 1990 so sehr herbeigesehnt hatten.

Im Januar 1997 ist in Erfurt eine Erklärung veröffentlicht worden, zu deren Erstunterzeichnern auch Theologen gehören, darunter Propst i. R. Dr. Dr. Heino Falcke, der den Schlußgottesdienst des Leipziger Kirchentages halten soll.

Die **Erfurter Erklärung** greift den allgemeinen Unmut auf, überhöht ihn und versucht, ihn zu kanalisieren. Die Botschaft lautet: "Die derzeitige Regierung muß weg, dann wird alles besser". Gemeint ist aber nicht nur ein Regierungswechsel. Folgt man dem Inhalt der Erklärung, wird klar, daß ein **Systemwechsel** gemeint ist. Die Verfasser der Erklärung kündigen eine neue Politik an, die sich eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter zur zentralen Aufgabe macht - und das nicht nur für Deutschland, sondern gleich für ganz Europa, ja für die ganze Welt.

Denn die neue Regierung, die - wenn es sein muß, auch mit Hilfe und Beteiligung der PDS - an die Macht kommen soll, wird gegenüber der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökonomische und

## Themen:

Gerechtigkeit Christine Lieberknecht	4
Umwelt Kurt-Dieter Grill	8
Bundestagung	14

demokratische Rahmenbedingungen eintreten, so heißt es.

Das klingt gut, hat aber einen kleinen Schönheitsfehler: Diese **Gerechtigkeitsillusion** mit genau diesem universalen Anspruch suggerierte das sozialistische System, bevor es 1990 in sich zusammenfiel. Was versprochen wurde, konnte zu keiner Zeit auch nur annähernd erfüllt werden. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ließ sich nicht auf Dauer überbrücken. Das Vorhaben, Gerechtigkeit durch staatliche Allzuständigkeit und Bevormundung herbeizuführen, ist gescheitert.

Die **friedliche Revolution** des Herbstes '89 hat neue Erwartungen geweckt. Mit dem Wechsel von der Diktatur zur Demokratie hatten sich viele nicht nur mehr Freiheit, sondern auch mehr Gerechtigkeit erhofft. Stellt sich das nun auch als Illusion heraus?

### Neue Chancen nutzen

Zunächst sollte die Frage erlaubt sein: Geht es denn wirklich immer und überall ungerecht zu? Ist unser vereintes Land tatsächlich in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit?

Läßt man einmal das beiseite, was täglich über die Medien verbreitet wird, so kann wohl jeder auch Beispiele aus dem eigenen Erfahrungsbereich nennen, wo sich Menschen uneigennützig verhalten und einander helfen. Die meisten zahlen ihre Rechnungen pünktlich. Viele haben nach anfänglichen Schwierigkeiten wieder eine gute und zukunftsreiche Arbeitsstelle gefunden, denn es sind nicht nur Betriebe geschlossen worden, sondern auch neue entstanden. Die Rentner sind im allgemeinen hochzufrieden, wenn sie ihr heutiges Einkommen und ihre Lebensqualität mit den Verhältnissen in der ehemaligen DDR vergleichen.

Es stimmt auch nicht, daß die gesamte Jugend an Perspektivlosigkeit leidet. Ein Großteil ist froh über die vielfältigen **Möglichkeiten einer weltoffenen Gesellschaft** und nutzt die neuen Chancen.

Nicht jeder Arbeitgeber ist ein "Schweinehund". Es gibt viele - es sind wohl sogar die meisten -, die mit großem Engage-

ment darum bemüht sind, daß der Erfolg ihrer Firma nicht nur ihnen selbst, sondern auch ihrer Belegschaft zugute kommt.

Der Bürger ist - anders als mitunter behauptet - nicht wehrlos gegenüber dem Staat. Seit 1990 gibt es für Thüringer und Sachsen, Brandenburger, Sachsen-Anhalter, Mecklenburger und Vorpommern wie für alle Berliner Verwaltungsgerichte, welche im Streit zwischen Bürger und Staat Recht sprechen und die Rechte des Bürgers schützen. Mit einem Verwaltungsgerichtsurteil können sogar staatliche Planungen gestoppt werden. Einen solchen Rechtsschutz hat es in der DDR nicht gegeben.

Auf dem Weg  
der Gerechtigkeit ist  
Leben; aber böser  
Weg führt zum Tode.

(Vollständiger Text  
der Kirchentagslosung,  
Sprüche 12,28)

Von einer generellen und gnadenlosen Ungerechtigkeit kann insofern keine Rede sein. Ebenso wenig ist die Behauptung richtig, daß viele neue Bundesbürger das gegenwärtige Geschehen als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichberechtigung und Mitmenschlichkeit erleben.

Nach einem **Umfrageergebnis** von Anfang 1997 beurteilen 57% der Frauen in den jungen Bundesländern ihre persönliche Situation als besser als vor der friedlichen Revolution, 16% stellen keinen Unterschied fest. 85% der Befragten meinen aber andererseits, daß die Lage für die Frauen insgesamt schlechter geworden sei.

Logischerweise kann es jedoch insgesamt nicht schlechter geworden sein, wenn eine deutliche Mehrheit die eigene Situation als besser bezeichnet.

Die selektive **Berichterstattung der Medien** führt offensichtlich zu einer verzerrten Wahrnehmung der Wirklichkeit. Die

Tatsache, daß es in Wahrheit sehr viel mehr Positives als Negatives zu berichten gäbe, darf freilich nicht dazu verleiten, die zweifellos auch vorhandenen Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten einfach zu ignorieren. Aber es ist ebensowenig gerechtfertigt, die allgemeine Lage als katastrophal zu bezeichnen, wenn es den meisten im Lande eigentlich gut geht.

### Gerechtigkeit durch Gleichheit verwirklichen?

Wirklich gerecht ginge es allerdings erst dann zu, wenn es allen gleich gut geht, wird hier mancher einwenden. Daß Gerechtigkeit vor allem durch Gleichheit zu verwirklichen sei, ist eine weit verbreitete Ansicht mit langer Tradition. Die Parole der Französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" hat Europa stark geprägt.

Marx, Engels, Lenin und ihre Anhänger haben eine Ideologie der Gleichheit verbreitet, und deren Grundsätze wurden lange Zeit in einem großen Teil der Welt gewaltsam durchgesetzt. Nirgendwo hat das die Mehrheit der davon Betroffenen als die endgültige Verwirklichung vollkommener Gerechtigkeit empfunden.

Ephraim Kishon schreibt im Vorwort zu seinem Buch "Undank ist der Welten Lohn" (erschienen 1990), das eine sarkastische Abrechnung mit den ideologischen Vätern des Marxismus und auch mit den kopflosen Nachahmern in der westlichen Welt ist, folgendes: "Der Kapitalismus ist ungleichmäßig verteilter Reichtum, der Sozialismus gleichmäßig verteilte Armut, soll einmal jemand gesagt haben, aber der Kommunismus verteilt sogar das Elend ungleichmäßig. Es gibt kein politisches System auf der Erde, in dem die Kluft zwischen Mensch und Mensch so groß ist, wie gerade das 'System der Egalität'. Darum ist es auch das heuchlerischste System der Geschichte und zugleich das unverträglichste."

Kishon, der bis 1949 in Ungarn lebte, schreibt dies aus eigener bitterer Erfahrung. Ähnliche Erfahrungen hat ein großer Teil der Ostdeutschen gemacht. Es bestand eine tiefe Kluft zwischen denen, die auf der Seite des SED-Regimes an der Unterdrückung des Volkes mitwirkten und denen, die sich ducken

mußten, auch wenn die materiellen Unterschiede im allgemeinen nicht so riesengroß waren.

## Unterschiede bei der Verteilung der Chancen

Um so größer waren die Unterschiede bei der Verteilung der Chancen. Wer nicht bereit war, sich den geforderten Unterwerfungsritualen, wie zum Beispiel der Jugendweihe, zu unterziehen, wurde in der Regel ins Abseits gestellt. Davon waren insbesondere auch Christen betroffen. Kinder wurden für die politischen Ansichten oder den Glauben ihrer Eltern in Haftung genommen. Wie gut, daß das vorbei ist!

Wie verhält es sich aber mit der Armut? Ist es gerecht, daß es in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland immer noch Arme gibt?

Am 26. März 1997 veröffentlichte die "Freie Presse" (Chemnitz) die Leserschrift einer Schülerin, die dazu - wie ich meine - einige treffende Bemerkungen enthält: "... Für mich leben Kinder in der Dritten Welt in Armut. Deutschland, und das weiß jeder, ist eine Wohlstandsgesellschaft, in der nicht wenige Menschen an den typischen Krankheiten dieser Gesellschaft leiden. Ich bin 18 Jahre alt, besuche ein Gymnasium und habe noch drei Geschwister, meine Mutter ist Hausfrau und mein Vater geht regelmäßig seiner Arbeit nach. Trotzdem kann ich sagen, daß wir weder arm noch reich sind. Viele meiner Klassenkameraden besitzen ihr eigenes Auto, ich nicht. Verlangte ich deshalb, daß morgen alle mit dem Fahrrad fahren? ..."

Allein aus der Feststellung, daß andere besser gestellt sind, kann niemand für sich ableiten, daß es ihm deshalb schlecht geht oder daß er ungerecht behandelt wird.

Das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" widmet dem Problem der Armut ein eigenes Kapitel. Darin wird darauf hingewiesen, daß sich die Armut in Deutschland natürlich grundlegend unterscheidet von der Armut in den Län-



dern der Dritten Welt. "Armut hat viele Gesichter und viele Ursachen. Sie ist mehr als nur Einkommensarmut", heißt es in These (68) des Kirchenpapiers. Das ist zweifellos richtig. Diese Aussagen finden sich allerdings unter der Hauptüberschrift "Krise des Sozialstaates". Handelt es sich wirklich um eine Krise, die nur den Staat betrifft?

## Aufgaben des Staates – Aufgaben des einzelnen

Für Gerechtigkeit zu sorgen, gehört zweifellos zu den originären Aufgaben des Staates. Der Staat erhebt Steuern, Abgaben und verlangt Beiträge, um für die Allgemeinheit notwendige Dienste der Daseinsfürsorge und -vorsorge sowie Gesetzesgerechtigkeit, austeilende und ausgleichende Gerechtigkeit gewährleisten zu können.

Zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft gehört jedoch mehr, als staatliche Ordnung und Fürsorge leisten können. Mangelnde gegenseitige Zuwendung in Familie und Nachbarschaft und die Auswirkungen von Rücksichtslosigkeit und übersteigertem Egoismus können durch kein noch so gutes Sozialsystem kompensiert werden. Gerechtigkeit läßt sich nicht ohne kulturellen Bezug, sozusagen wertneutral definieren.

Wenn der 27. Evangelische Kirchentag in Leipzig einen wirklich hilfreichen Beitrag zum Gerechtigkeitsverständnis erbringen

soll, so dürfen die Diskussionen nicht bei der heute in Kirchenkreisen weit verbreitete Verengung des Begriffs auf soziale Gerechtigkeit stehenbleiben. Denn diese Engführung ist weder biblisch begründbar, noch entspricht sie dem, was im Christentum über Jahrhunderte in der Hauptsache unter Gerechtigkeit verstanden wurde.

Luther erklärte 1527 in einer Vorlesung über Jesaja: "Merke auf die neue Definition der Gerechtigkeit: Gerechtigkeit heißt Christus erkennen." Oder: "Im gewöhnlichen Leben nennt man Gerechtigkeit die Tugend, die einem jeden gibt, was sein ist; in der Schrift ist der Glaube an Jesus Christus die Gerechtigkeit" (aus: In epistolam Pauli ad Galatas commentarius, 1519).

Je mehr der Glaube an Jesus Christus in Kirche und Gesellschaft an Bedeutung verliert, um so mehr muß sich das Verständnis von Gerechtigkeit dem "gewöhnlichen Leben" zuwenden und der Sorge widmen, daß niemandem etwas verloren geht, "was sein ist."

Das Gegenteil von Gerechtigkeit im biblischen Sinne ist nicht einfach Ungerechtigkeit, sondern Abkehr von Gott. Diese Abkehr wird als Ursünde verstanden, die dann ungerechtes Verhalten und ungerechte Taten zwangsläufig zur Folge hat. "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben", heißt es in den Sprüchen Salomos (14,34).

Und im Psalm 37,16 ist formuliert, was heutigem Verständnis im allgemeinen total gegen den Strich geht: "Das Wenige, das ein Gerechter hat, ist besser als der Überfluß vieler Gottloser." Jesus lehrt: "Liebet eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen; segnet, die euch fluchen, bittet für die, so euch beleidigen."

## "Selbst das Gerechte tun!"

Das ist kein Aufruf zum gewaltsamen Umsturz, wohl aber die Ermutigung zu friedlicher Revolution. Es ist die Aufforderung, Gerechtigkeit nicht nur von anderen zu fordern, sondern selbst das Gerechte zu tun. Dazu braucht es viele einzelne lebensändernde Umstürze im Sinne Luthers oben genannter neuer

Definition von Gerechtigkeit und deren ständige Erneuerung durch Buße.

Die Suche nach Gerechtigkeit darf sich nicht in Systemkritik erschöpfen, so notwendig das Nachdenken über neue, bessere und gerechtere Organisationsformen und staatlich verfügte Regeln sein mag. Wichtiger und grundlegender ist die Kritik am Verhalten des Einzelnen und das unbeirrte Festhalten daran, daß sich Menschen durch den Glauben an Jesus Christus ändern können.

### Beitrag der Kirchen

Auf diese Erkenntnis verweist auch das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Dort heißt es in Kapitel 3. (Perspektiven und Impulse aus christlichem Glauben): "Die **Besinnung auf das Menschenbild und die Grundwerte**, auf denen die soziale Marktwirtschaft gründet, ist die unerläßliche Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Hier liegt der genuine Beitrag der Kirchen. Denn das Menschenbild des Christentums gehört zu den grundlegenden geistigen Prägekräften der gemeinsamen europäischen Kultur und der aus ihr erwachsenen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung".

Dieser genuine Beitrag der Kirchen kann nach meiner Überzeugung nach wie vor am besten durch die Weitergabe der genuinen, das heißt der echten, unverfälschten Botschaft erbracht werden. Da soll nichts hinzugefügt, aber auch nichts weggelassen werden. Der vollständige Text der **Kirchentagslosung**, Sprüche 12,28, lautet: "Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben; aber böser Weg führt zum Tode."

Für alle, die den Weg der Gerechtigkeit suchen, gilt Joh. 14,6: "Jesus Christus spricht: Ich bin der Weg, der zur Wahrheit und zum Leben führt." ■

### Anm.:

Dr. Fritz Hähle ist Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied im Sächsischen Landtag.

## Gleiche Lebensverhältnisse – Gerechtigkeit im innerdeutschen Einigungsprozeß

Christine Lieberknecht

Der Staat schöpft einen wesentlichen Teil seiner Legitimation daraus, daß er auf eine gerechte Ordnung hin orientiert ist. "Gerechtigkeit" ist daher auch in der gegenwärtigen Diskussion über die Reformen am deutschen Wirtschafts- und Sozialsystem zu einer zentralen Forderung geworden. Die Bürger sind bereit, sich zu bescheiden, sofern sich plausibel darlegen läßt, daß es gerecht zugeht.

Diese Bedingung muß vor allem in den neuen Ländern erfüllt werden, damit das noch immer brüchige Vertrauen in Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft nicht beschädigt wird. Die Zustimmung ist schon gegenwärtig unbefriedigend: 53 Prozent der Ostdeutschen halten das mit dem Grundgesetz übernommene Gesellschaftssystem für nicht gerecht (Institut für Demoskopie Allensbach 1995).

Die Gründe dafür finden sich zunächst in der **prägenden Kraft von 40 Jahren Sozialismus**. Das zeigt sich bereits auf der Ebene der Mentalität. Die Sozialforschung beschreibt Ostdeutsche als sozial offener und weniger individualistisch als die Westdeutschen, als selbstkritischer, emotional weicher und mitfühlender, aber auch disziplinierter. Eine Gesellschaft, die stärker auf Eigenverantwortung und das Konkurrenzprinzip setzt, wird als kalt empfunden.

Durch die Ideologie und die realen Lebensumstände in der DDR sind zentrale Begriffe anders besetzt worden. Die Erfahrungswelt war der "despotische Versorgungsstaat" (Ilse Spittmann), der seine Bürger für politisches Wohlverhalten auf niedrigem Niveau versorgte und von der Wiege bis zur Bahre leitete. Soziale Erwartungen richten sich auch heute noch stärker als im Westen an den Staat. Für Ostdeutsche bedeutet Freiheit eher staatlich garantierte Freiheit



Christine Lieberknecht: Junge Ost- und Westdeutsche werden sich immer ähnlicher.

von Not, für Westdeutsche ein Schutzrecht vor Übergriffen des Staats. Gleichheit genießt vor der Selbstentfaltung nach wie vor den Vorrang.

Die Erfahrungen in den vergangenen Jahren mit dem Rechtsstaat, den Verwaltungen und der sozialen Marktwirtschaft waren zwiespältig. Mit der neuen Ordnung kam neben dem Wohlstand auch die Massenarbeitslosigkeit in einer Gesellschaft, in der der Arbeitsplatz ein ganz anderes soziales und kulturelles Gewicht als im Westen hatte und das Selbstwertgefühl deutlicher prägte. Hinzu kam die Notwendigkeit, in praktisch allen Lebensbereichen umlernen zu müssen.

Anlaß zu mannigfaltigem **Ungerechtigkeitsempfinden** haben sich auch durch die Regelung der Eigentumsfrage und die Privatisierungspolitik ergeben. Die Beweggründe für den zumindest ordnungspolitisch im Kern richtigen Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" sind von vielen im Osten nicht verstanden worden. Die Ablehnung wurde zunächst ver-

stärkt, weil das Prinzip sich als Investitionshemmnis auswirkte; ein Effekt, der 1991/92 erst durch zwei ergänzende Investitionsvorranggesetze unterbunden werden mußte. Der Treuhandanstalt wird vorgehalten, die volkseigene Wirtschaft der DDR zu Lasten ostdeutscher Interessenten privatisiert und in erster Linie verlängerte Werkbänke westlicher Unternehmen geschaffen zu haben. Beispiele sind stets zur Hand.

### Wandlungsfähigkeit beweisen

Als weiterer subjektiver Faktor kommt das Empfinden vieler Bürger hinzu, ihre **Leistungsleistung in der DDR** werde nicht anerkannt und damit die eigene Biographie entwertet. Dieses Gefühl hat häufig Nahrung erhalten, meistens durch Unbedachtsamkeit und mangelndes Differenzierungsvermögen. "Sämtliche Erfahrung des Ostens galt hinfort als systembedingt gescheitert. Und: der Westen war in toto gerecht gesprochen und durfte sämtliche Strukturen ostwärts exportieren", hat Christoph Dieckmann die Situation nach 1989 umrissen. Und nun stößt "der Westen" selbst an Grenzen und muß seine Wandlungsfähigkeit beweisen.

Den Bürgern Westdeutschlands ist bisher weit weniger Anpassungsbereitschaft zugemutet worden. Gleichwohl müssen sie seit 1990 und noch auf längere Zeit für die innere Einheit erhebliche Steuermittel und Sozialtransfers aufbringen. Die Neigung dazu läßt nach, je knapper die Mittel werden und die verfestigte Arbeitslosigkeit auch in Westdeutschland zum zentralen Problem für immer mehr Menschen wird. Zwischen den **Erwartungen** der Ostdeutschen und der **Teilungsbereitschaft** der Westdeutschen besteht eine unübersehbare Kluft.

Die Skizze wäre allerdings unzulässig verkürzt, würden einseitig Probleme und Defizite betrachtet. Denn insgesamt bleibt es doch erstaunlich, wie weit der wirtschaftliche Aufbau und der Einigungsprozeß in Deutschland bereits vorangekommen sind. Für Millionen Menschen hat die Wiedervereinigung neue geistige und wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet, die sie beherzt ergriffen haben. Von den Ergebnissen kann man sich überall überzeugen.

Die grundsätzlichen Weichenstellungen möchte kaum jemand rückgängig machen. Demokratische Parteien binden in den neuen Ländern drei Viertel der Wähler, und die Einheit Deutschlands wird nicht in Frage gestellt. Junge Ost- und Westdeutsche werden sich bis zur Ununterscheidbarkeit immer ähnlicher. In den neuen Ländern werden ältere sozial- und kulturgeschichtliche Prägungen allmählich wichtiger als die Erinnerung an den Sozialismus im SED-Staat.

Vor diesem Hintergrund ist sicherlich der Ratschlag beherzigenswert, die Sorge um die innere Einheit etwas tiefer zu hängen. Zu Recht mahnt Günter Kurnert, die eigenen Zielvorstellungen zu überdenken: "Es will mir nicht einleuchten, warum so etwas wie eine Ausschaltung von Gegensätzen und Widersprüchen wünschenswert sei, eine Harmonie, die ausschließlich durch Uniformität zu gewinnen wäre."

### Harmonie durch Uniformität

Gleiche Lebensverhältnisse hat es auch in der alten Bundesrepublik nicht überall gegeben. Auch in Westdeutschland gab und gibt es vor allem ganz normales Leben, mit seinen Lasten und Mühen. Noch zu oft messen die Bürger in den neuen Ländern ihre Situation an den glänzenden Fassaden des Westens, wie sie in der Zeit der Teilung dem Osten allenthalben präsentiert wurden.

In die gleiche Richtung zielt ein Hinweis Richard Schröders, der daran erinnert hat, daß es nicht nur an den Verhältnissen, sondern auch an den Erwartungen liegen kann, wenn jemand enttäuscht wird. "Die Erwartungen Gefangener an die Freiheit sind immer maßlos. Erst wenn diese maßlosen Erwartungen enttäuscht sind oder entrümpelt, erst wenn die Befreiten das Mögliche vom Unmöglichen unterscheiden lernen, werden sie handlungsfähig." Ein harter Satz, gegen den sich das Gefühl sträubt, den man sich nicht ohne weiteres zu eigen machen möchte.

**Nachdenken über Gerechtigkeit** im innerdeutschen Einigungsprozeß wird berücksichtigen müssen, daß die meisten der Ungerechtigkeitsgefühle auslösenden Entscheidungen inzwischen Geschichte

Gerechtigkeit ist nur möglich, wenn alle in Freiheit dafür ihre Verantwortung wahrnehmen. Staatlich verordnete Gerechtigkeit führt nicht zum Ziel. Das Bewußtsein dafür zu stärken, halte ich für eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre.

Christian Wulff  
Landesvorsitzender der CDU  
Niedersachsens

sind. Mit der Währungsunion, dem Einigungsvertrag und der Wiedervereinigung nach Art. 23 GG sind die für das Zusammenwachsen Deutschlands wesentlichen Weichen bereits seit 1990 gestellt. Immer wieder auflebende Diskussionen darüber sind kaum weiterführend.

Das wichtigste politische Ziel bleibt, den neuen Ländern zu **wirtschaftlicher Eigenständigkeit** und den Erwerbsfähigen zu einer Arbeit zu verhelfen. Die den einzelnen von der vollen gesellschaftlichen Teilhabe ausschließende Arbeitslosigkeit bleibt das zentrale Problem. Sie ist die Hauptquelle andauernder Unzufriedenheit. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Die Auseinandersetzung um die richtigen Wege laufen im Kern analog zur gesamtdeutschen Debatte und werden gegenwärtig überall diskutiert.

Ergänzend kommt für die neuen Länder der Streit um die Sonderförderatbestände in den Bereichen Arbeit, Soziales, Infrastruktur und Wirtschaft hinzu. Die Ansichten, in welchem Umfang die Transformationsprozesse weiter gestützt und sozial abgefedert werden sollen, gehen in der wirtschaftlich angespannten Lage, die erhebliche gesamtdeutsche Strukturdefizite offenbart, auseinander. Sie reichen im Extremfall von einem weitgehenden Abbauen der Sonderförderkulisse für den Aufbau Ost bis hin zu dem Wunsch, die derzeitigen Hilfen weitgehend beizubehalten.

Der überwiegende Teil der Vorschläge richtet sich darauf, die Programme mehr auf die Schwachpunkte des Aufbaus Ost zu konzentrieren. Dazu gehören Vorschläge zur Eigen- und Risikokapitalbildung, zur Vermögensbildung, zur Absatzförderung, Existenzgründerhilfen und ein besserer Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt.

### Lebensverhältnisse anpassen

Die für viele Menschen entscheidende Frage ist, wie weitgehend die **Lebensverhältnisse** unbeschadet der ökonomischen Gegebenheiten an die des Westens **angepaßt werden**: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Diese Politik ist aus verständlichen Gründen zwar von Anfang an verfolgt worden, unter dem Diktat knapper Kassen und einem schleppenden wirtschaftlichen Aufholprozeß werden aber Stimmen lauter, die Produktivität und Einkommen wieder zusammenführen wollen.

Dem steht die Erwartung einer Mehrheit der Ostdeutschen gegenüber, Wohlstand und soziale Absicherung weiter auszubauen. 1995 hielten 60 Prozent der Bürger in den neuen Ländern den sozialen Standard für zu gering (Inter/esse 1/95). Zwar will niemand mehr den alten Preis für die soziale Sicherheit zahlen, höhere Steuern und Abgaben allerdings schon (Institut für Demoskopie Allensbach 1994). Ein Wunsch, der quer zu den ökonomischen Erfordernissen steht.

Zwischenzeitlich ist klar, daß es nicht ausreicht, nur die ökonomischen Ursachen des Ungerechtigkeitsempfindens zu bekämpfen. Der institutionelle und materielle Wiedervereinigungsprozeß muß auch inhaltlich begleitet werden und zwar in doppelter Hinsicht: Es ist nicht genug geschehen, um die ideellen Voraussetzungen des westlichen Modells zu vermitteln und das Gespräch darüber zu suchen. Zugleich haben weithin Möglichkeiten für Ostdeutsche gefehlt, ihre eigenen Vorstellungen im Getriebe der etablierten westdeutschen Strukturen einzubringen.

Dieses notwendige Gespräch muß nachgeholt werden. Der Versuch Bärbel Bohleys, der Bürgerbewegung wieder eine Stimme zu geben, gehört genauso in diesen Zusammenhang, wie Gremien

und Tagungen der demokratischen Parteien, in denen die Transformationsprobleme erörtert und Gedanken in die Auseinandersetzung über zentrale gesellschaftliche Fragen eingespeist werden.

Es gibt allerdings auch den Versuch, aus Mißstimmungen, eine verfestigte "ostdeutsche Identität" zu bilden, Ansprüche

Auswüchsen der westdeutschen Gesellschaft wird ein verbreitetes Gefühl im Osten artikuliert und zugleich ein Thema angeschnitten, das in den Mittelpunkt der gesamtdeutschen Standortdebatte gehört. Die Anfrage an die geistigen Fundamente verdient gerade von Christen in der Politik gefördert zu werden. "Ich fürchte, mein jetziger Staat nährt sich von ethischen Substanzen, die er kaum mehr erschaffen kann, nur noch zitieren und repräsentieren", wie Christoph Dieckmann sorgenvoll angemerkt hat.

Für dieses Gespräch gilt es, das wieder erwachte Selbstvertrauen der Ostdeutschen weiter zu stärken: Durch das, was in den vergan-

genen sechs Jahren geschaffen worden ist, durch ihre "besseren emotionalen Ressourcen" (Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter) und die größere Wertschätzung der lange Jahre so verschmähten konventionellen Tugenden wie: Leistungsbereitschaft, Sparsamkeit, Arbeitssamkeit und Bescheidenheit; nicht zu vergessen die "Chaosqualifikation", die sich viele Menschen in den vergangenen Jahren nolens volens erwerben mußten.

Die Besinnung auf die Nation und ihre bindende Kraft ist ein weiterer Weg, die Deutschen Gemeinsamkeit erleben zu lassen. Es war ein Fehler, nicht klarer an das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu appellieren. Und es ist leider wahr, daß der Ruf "Wir sind ein Volk" im Westen des Landes vielfach eher Irritationen als Begeisterung auslöste und die Wiedervereinigung zu sehr als Finanz- und Verwaltungsoperation ablief. Das war zu wenig. Die Anfrage an die nationale Identität ist auch in Zukunft notwendig.

### Abgelegt und angenommen?

Komplementär sollten die hoffnungsvollen **Ansätze regionaler Identität** gefördert werden. Es fällt auf, daß die "Ost-Identität" in den neuen Ländern dort am schwächsten und die gesamtdeutsche Identität am deutlichsten ausgebildet ist, wo die landsmannschaftliche Verbunden-

### Gerade zum Kirchentag erschienen:

Jochen Borchert (Hrsg.):  
Ist Gerechtigkeit machbar?  
Politische Anstöße zu einem aktuellen Thema.  
Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1997,  
96 Seiten, ISBN 3-7859-0747-8, 11,80 DM

aggressiv zu erheben und die Konfrontation innerhalb Deutschlands zu verschärfen. Die Politik der PDS, aber auch die von der Partei und ihrem Sympathiesanktenumfeld ins Leben gerufenen "Komitees für Gerechtigkeit" gehören dazu.

### Die besseren emotionalen Ressourcen

Aus Sicht der neuen Länder ist der Zeitpunkt günstig, Grundfragen der Gerechtigkeit aufzugreifen. Die produktive "Enttäuschung" dürfte zu einer realistischen Sicht des westdeutschen Modells geführt haben, das durch die gegenwärtigen Diskussionen seinen Nimbus verliert. Jetzt wird unübersehbar: Im Westen wird auch nur mit Wasser gekocht. Zugleich melden sich verstärkt ostdeutsche Politiker zu Wort und verschaffen sich für ihre Erfahrungen und Ansichten zunehmend Gehör.

In dieser Situation ergibt sich die Gelegenheit, gemeinsam über die **Zukunft** ganz Deutschlands nicht nur in der verkürzten Sicht des innerdeutschen Austauschs, sondern im **europäischen und globalen Rahmen** nachzudenken. Die vielfache eingeforderte Wertedebatte in Deutschland ist ein Thema, das nicht nur im Blick auf deutsch-deutsche Verständigungsschwierigkeiten höchste Priorität genießen sollte.

Mit der immer wieder zu hörenden Kritik an hedonistischen und liberalistischen

heit am stärksten entwickelt ist, nämlich in Thüringen und Sachsen.

Genauso dringlich ist die gezielte Förderung von Vereinen, Initiativen und weiteren Gruppen, im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Sie tragen dazu bei, Menschen zu beheimaten. Eine Aufgabe, die in der DDR durch das "Kollektiv" oder Massenorganisationen wahrgenommen worden ist.

Beharrungskraft ist erforderlich, wo es um die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Auseinandersetzung mit den Resten des sozialistischen Weltbildes geht. Das wirkt sich unmittelbar auf das Gerechtigkeitsverständnis aus. Politik, Medien und Bildung müssen noch klarer auf die fundamentalen Unterschiede der Systeme und die **Bedingungen der Freiheit** hinweisen - vor allem aber müssen wir darüber nachdenken, wie mehr Menschen durch eigene Mitarbeit für die Demokratie gewonnen werden können.

Das Empfinden, nicht nur aus der DDR abgereist, sondern in Deutschland angekommen und angenommen zu sein, hängt nicht zuletzt allerdings an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Denn noch ist für die neuen Länder der Beweis nicht erbracht, "daß es nicht nur bei gutem Wetter funktioniert" (Lord Dahren-dorf). Zu der eingeschlagenen Gratwanderung zwischen ökonomischer Vernunft und sozialer Stabilität gibt es keine wirkliche Alternative: Der nötige Lernprozeß braucht Zeit.

Das **Schlüsselproblem** bleibt dabei gerade für die Bürger der neuen Länder die **Arbeitslosigkeit**, weil sie mitten in dem überall zu spürenden Aufbruch die Teilhabechancen spürbar beschneidet. Jede beschäftigungsfördernde Politik muß daher Vorrang haben. Wer für sich eine berufliche Perspektive sieht, wird leichter die Geduld aufbringen, die im innerdeutschen Einigungsprozeß nach wie vor erforderlich ist. ■

**Anm.:**

Der Beitrag von Christine Lieberknecht ist in der Materialsammlung des EAK erschienen (s. S. 6).

## Was bedeutet soziale Gerechtigkeit heute?

Udo Hahn

Der Name sollte zugleich als Programm verstanden werden. Doch was die Initiatoren des "Komitees für Gerechtigkeit", das am 1. Juli 1992 in Berlin gegründet wurde, konkret wollten und welche Vorstellungen von Gerechtigkeit sie hatten - dies alles blieb bis heute im dunkeln, obwohl es an Wortführern, darunter Stefan Heym, Peter Michael Diestel, Heinrich Fink und Gregor Gysi, nicht fehlte. Kein Zweifel, der Begriff "Gerechtigkeit" hat Konjunktur, nicht nur in der gegenwärtigen Debatte um den Standort Deutschland oder um die soziale Lage in den neuen Bundesländern.

Wo auch immer Gerechtigkeit eingefordert wird, weist sie auf ein Defizit hin.

Dies war schon in den achtziger Jahren unter anderem der Ausgangspunkt für den Ansatz des sogenannten konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der sich auch im "Kairos-Dokument" südafrikanischer Christen wiederfindet, die eine Lösung der politischen Probleme des Landes vom Glauben her versuchten.

### Austeilende und ausgleichende Gerechtigkeit

Welche allgemeine Definition von sozialer Gerechtigkeit herrscht bei uns vor? Meiner Meinung nach greifen viele auf Aristoteles zurück. Er sieht in der Gerechtigkeit das, was dem einzelnen wie auch der Gemeinschaft zugute kommt. Er unterscheidet zwischen austeilender

## Solidarisch gegen den Nächsten?

Das Dilemma scheint oft unausweichlich: Solidarisch mit diesem bedeutet nicht selten solidarisch gegen jenen. Beispiele der letzten Wochen: solidarisch mit den Bergleuten gegen die subventionierenden Steuerzahler, solidarisch mit den Rentnern gegen die Beitragszahler, solidarisch mit den Arbeitnehmern gegen die Arbeitslosen, solidarisch mit den Bauern Europas gegen die Bauern in der Dritten Welt, solidarisch mit den Frauen in Schwangerschaftskonflikten gegen das ungeborene Kind.

Gott sei Dank gibt es auch andere Beispiele: die Solidarität, die schwangere Frauen und ungeborene Kinder gleichermaßen umfaßt, die Solidarität eines Generationenvertrages, der allen Generationen gerecht wird, die Solidarität der Gewerkschaften, die auch die Arbeitslosen mit einbezieht.

Solidarität darf kein gesellschaftlicher Kampfbegriff sein. Der Kampfbegriff ist spätestens mit dem sozialistischen Herrschaftssystem untergegangen. Solidarität darf sich nie in der Verbundenheit einer Gruppe erschöpfen, ist vielmehr die Alternative zum Gruppenegoismus, bezieht prinzipiell jeden Menschen und damit alle Menschen ein. Das Solidaritätsprinzip ist ein Gestaltungsprinzip für Gesellschaft und Staat als Ganzes.

Wer die Gestaltung des Zusammenlebens aller Menschen im Blick hat, für den wird so manche Aktion, auch wenn sie sich Solidaritätsaktion nennt, fragwürdig. Wie schnell solidarisieren wir uns mit den einen und damit de facto gegen die anderen. Die anderen sind aber auch unsere Nächsten.

Vielleicht sollten wir uns wieder mehr bemühen, die Lektion des Solidaritätsprinzips der christlichen Gesellschaftslehre zu lernen, statt bedenkenlos solidarisch gegen den Nächsten Front zu machen.

Friedrich Kronenberg

und ausgleichender - und somit korrigierender - Gerechtigkeit, die jedem das ihm Zustehende zuteilt. Diese Modell wurde in der Demokratie zum Leitbild. Das Sozialsystem unseres Staates sorgt für einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen und Leistungen der am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen.

Die praktische Umsetzung dieses Ideals bereitet jedoch Probleme. Das soziale Leben im Staat des Grundgesetzes wird durch Interessenkonflikte bestimmt. Das **Gemeinwohl ist der Grundkonsens**, der sich als Ergebnis aus dem Wettstreit verschiedener Interessen ergibt.

Unser Land und mit ihm die westlichen Industrienationen erleben gegenwärtig eine Phase, die das Ende der Verteilungsgerechtigkeit erkennen läßt. Der Staat kann sich im Grund nicht mehr alles leisten, wofür er bislang in Anspruch genommen werden konnte. Die Definition sozialer Gerechtigkeit in Zeiten knapper werdender Mittel ist unumgänglich und längst überfällig.

Blickt man auf die gegenwärtigen Debatten, so hat es den Anschein, als ob der Ernst der Lage (noch) nicht begriffen worden wäre. Denn noch immer werden Forderungen aufgestellt, so, als bestünden die Lösung sozialer Probleme und die Herstellung von Gerechtigkeit darin, daß der Staat sein Verteilungspotential weiter erhöht. Die wenigsten haben begriffen, daß vor diesem Hintergrund der so geschätzte Individualismus zu einem raschen Ende kommen dürfte. Je mehr der Staat benötigt, desto stärker wird die Freiheit des einzelnen - bis zur Unmündigkeit? - eingeschränkt werden müssen.

### Doppelte Einsicht

Gemeinwohl als Ergebnis eines **fairen Wettstreits** von Interessengruppen bedeutet immer eine Gratwanderung. Der Absturz ist vorprogrammiert, weil das Prinzip "Gemeinwohl geht vor Eigennutz" zunehmend nur noch in umgekehrter Weise zu gelten scheint: Eigennutz geht vor Gemeinwohl. Das Anspruchsdenken aller (!) Deutschen gegenüber dem Staat muß auf Normalmaß reduziert werden.

Soziale Gerechtigkeit - sie kann ohnehin immer nur annähernd, nie absolut her-

gestellt werden - bedarf der **doppelten Einsicht**: Wer mehr hat und verdient, der muß auch mehr leisten als einer, der weniger hat und weniger verdient. An manchen Finanzämtern ist in Stein gehauen das Prinzip zu lesen, das diesem Leitsatz zugrunde liegt: "Do ut des" - "Ich gebe, damit auch du gibst". Jeder trägt seinen Teil zum Funktionieren des Ganzen bei, der er zu leisten imstande ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das Anspruchsdenken - vor allem gegenüber dem Staat - bedarf einer Korrektur. Statt die Lösung von Problemen immer nur von anderen zu verlangen, bedarf es verstärkter Anstrengungen bei den Betroffenen, also die **Wahrnehmung der (Mit-)Verantwortung** für das eigene Schicksal.

Vor diesem Hintergrund wäre es beispielsweise angebracht, daß die Politik endlich mit dem **Subventionsabbau** beginnt. Und man hätte vielleicht erwarten dürfen, daß die Pflegeversicherung ausschließlich durch die Arbeitnehmer finanziert wird, denen sie zugute kommt.

Es muß einen schon nachdenklich stimmen, das eine Einigung über den Ausverkauf nationalen Kulturguts - die Aufgabe eines kirchlichen Feiertages zur Kompensation des Arbeitgeberanteils an der Pflegeversicherung - leichter zu erzielen ist als der Verzicht auf einen oder zwei Urlaubstage. ■

*(aus: Der Eichholz-Brief, Zeitschrift zur politischen Bildung)*

## Global denken – lokal handeln

### Bilanz und Herausforderung für die Umweltpolitik

Kurt-Dieter Grill

**Der Tag der Umwelt am 5. Juni 1997 gibt Anlaß, für die politische Auseinandersetzung um die Umweltpolitik zwei Dinge miteinander zu verbinden: Bilanz zu ziehen, Rechenschaft zu geben über die Umweltpolitik seit 1983; die Herausforderung der nächsten Jahre zu beschreiben und daraus neue Ziele zu definieren.**

Die Umweltpolitik der CDU seit 1983 ist ein Beleg für eine erfolgreiche Arbeit. In einer Bilanz zum 10jährigen Bestehen des Bundesumweltministeriums wurde von Dr. Angela Merkel eine Liste aller wesentlichen Schritte von 1986 an veröffentlicht. Eine nüchterne, viel zu nüchterne Aufzählung der Arbeit in einem so emotional geprägtem Politikfeld. Nicht nur Walter Wallmann, Prof. Dr. Klaus Töpfer oder Dr. Angela Merkel haben an diesem Erfolg gearbeitet, sondern von 1982/83 bis zur Bildung des Bundesumweltministeriums auch Friedrich Zimmermann (CSU) als Bundesinnenminister.

Die Arbeit wurde durch zwei Linien geprägt. Es wurden die nationalen Gesetze erneuert und fortgeschrieben und gleichzeitig die internationale Zusammenarbeit massiv in Angriff genommen. Aufgrund der Erkenntnis, daß Umweltbelastungen nicht an nationalen Grenzen halt machen, wurde global gedacht und national umgesetzt.

### Reform des Abfallrechts

Zur Luftreinhaltung wurden internationale Vereinbarungen getroffen, national wurde die Großfeuerungsanlagenverordnung in wenigen Monaten umgesetzt, ein massiver Abbau der SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> Belastungen begann. Gegen den erbitterten Widerstand der Autoindustrie wurde die Einführung eines Katalysators beschlossen. 1984 fand in Bremen die erste Nordseeschutzkonferenz statt, Europa mußte sich und hat sich dann in zwei weiteren Konferenzen auf Ziele zur Gewässerreinigung und des Meeresschutzes verständigt. Das Wasserhaushaltsgesetz wurde novelliert und setzte Maßstäbe für eine erfolgreiche nationale

Umsetzung internationaler Vereinbarungen. Einer der größten Schritte erfolgte im Abfallbereich. Die längst überfällige Reform des Abfallrechtes wurde in Angriff genommen.

Aus einem Abfallbeseitigungsgesetz der SPD/FDP-Zeit wurde ein Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Vermeidung und Verwertung deutlich vor die notwendige Entsorgung setzte. Sowohl beim Wasser wie beim Abfall setzten entscheidende Maßnahmen nicht mehr am Ende der Kette, sondern am Anfang, bei Produktion und Produkten, an.

## Neue Umweltgesetze geplant

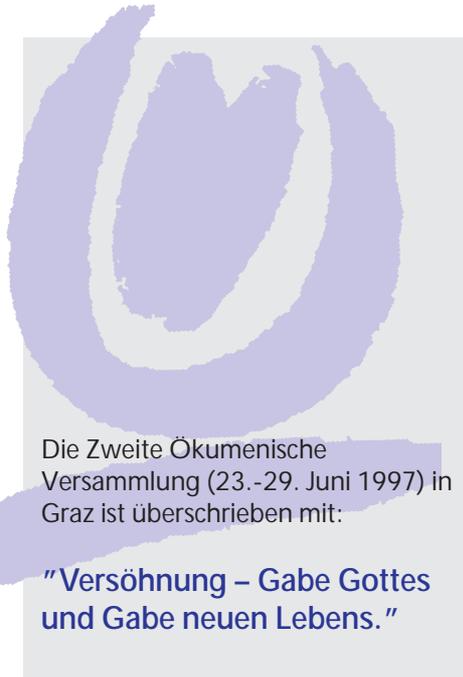
In diesen Tagen schließen wir den Kreis der großen Gesetzesvorhaben mit einer **Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz und zum Bodenschutzgesetz**. Der Boden ist das letzte Medium, für das gesetzliche Regelungen bisher nicht bestanden.

Wenn man alles zusammen betrachtet, kann man schon behaupten, unsere Politik, die von der Nachsorge zur Vorsorge sich gewandelt hat, ist u.a. der Auslöser einer wachsenden Bedeutung der Arbeitsplätze durch Umweltpolitik. Deutschland konnte nur so zum Weltmarktführer bei Umwelttechnologien werden.

Parallel zur Gesetzesarbeit und der Umsetzung wurde programmatisch gearbeitet. 1989 in Bremen wurde ein neues Umweltprogramm verabschiedet, das u.a. Umweltpolitik als Weltinnenpolitik und Politik für den Frieden definierte. Hier wurde auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes unser Selbstverständnis über die Bewahrung der Schöpfung geprägt. Sie sollte nicht länger nur Steinbruch für den Wohlstand des Menschen sein.

## Integrativer Ansatz

Auf dem Hintergrund der erfolgreichen Arbeit auch im internationalen Bereich erscheint es heute fast selbstverständlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesumweltminister Klaus Töpfer die treibenden Kräfte mit waren, die



Die Zweite Ökumenische Versammlung (23.-29. Juni 1997) in Graz ist überschrieben mit:

**„Versöhnung – Gabe Gottes und Gabe neuen Lebens.“**

im Ergebnis die Konferenz von Rio über „Umwelt und Entwicklung“ gestalteten.

Es ist unbestreitbar, daß Deutschland zum Erfolg der Konferenz von Rio wesentlich beigetragen hat. Diese Konferenz wie auch die nachfolgenden Habitat II in Istanbul oder die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo schaffen durch internationale Vereinbarungen neue Verpflichtungen für uns.

Nachhaltige Entwicklung, Agenda 21, Weltklimakonferenz sind die Stichworte für eine neue strategische Ausrichtung unserer Politik. Hier wird es nicht nur darum gehen, Umweltqualitätsziele, Handlungsziele zu definieren, sondern in einem umfassenden Sinne die Beziehungen unterschiedlicher Politikfelder zueinander neu zu ordnen.

Nachhaltigkeit ist aber nicht nur eine aus der Sicht der Umweltpolitik zu definierende Aufgabe. Es geht um einen integrativen Ansatz, in dem Ökonomie, Soziales und Ökologie so gestaltet werden, daß keine der einzelnen Aufgaben einseitig zu Lasten der anderen betont wird. Es geht nicht nur um materielle Orientierung, es geht auch um Werte und Normen als Grundlage unserer eigenen Lebensgestaltung.

Für die CDU bedeutet dies, die Entscheidung des Hamburger Parteitages für die ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit Leben zu erfüllen. Die nationale Umset-

zung unserer erfolgreichen Umweltpolitik fordert nicht nur den Bund. Länder und Kommunen müssen ebenso ihren Beitrag leisten.

Aus einer vorliegenden Übersicht ergibt sich, daß Stichworte wie Nachhaltigkeit oder Agenda 21 eher von anderen Gruppen vor Ort umgesetzt werden als von der CDU. Die Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik der CDU hängt aber nicht zuletzt von einer intensiven Umsetzung auch vor Ort ab.

Unser Ziel für die Umsetzung ist es, die Arbeit der Umweltbeauftragten in den Kreisverbänden noch stärker hervorzuheben, dazu gehört aber auch eine deutliche Unterstützung durch die Kreisvorstände und die kommunalen Fraktionen.

## Umweltpolitik vor Ort

Die CDU startet auf Initiative des Bundesfachausschusses Umwelt eine große Aktion „Klimaschutz“. Frauen-Union, Junge Union und KPV tragen diese Aktion ebenso.

Ausgehend vom Tag der Umwelt sollte vor Ort gehandelt werden. Es muß eine Demonstration werden für unser Engagement in der Umweltpolitik. Wenn es uns gelingt, auch in schwierigen Zeiten solche Themen anzugehen, können wir beweisen, daß nicht nur materielle Orientierung unser Handeln bestimmt.

Im Sinne unserer Wertevorstellung können wir auch hier mehr Eigenverantwortung einfordern. Zeigen wir den Bürgern, wie sie sich engagieren können. Wenn es uns gelingt, Lebensstile im Sinne ökologischer Verantwortung aller zu verändern, können wir alle nur gewinnen.

In diesem Sinne sollten wir die erfolgreiche global ausgerichtete Arbeit der CDU in erfolgreiche Arbeit vor Ort umsetzen. ■

**Anm.:**

Kurt-Dieter Grill ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU.

# Wunden, Narben und Empfindlichkeiten

Willi Müller

In seinen Jugendjahren wollte dieser Israeli mit Deutschland und den Deutschen nichts zu tun haben. Heute ist Avi Primor Botschafter seines Landes in der Bundesrepublik und davon überzeugt, daß zwischen den Menschen beider Länder und ihren Regierungen feste und vertrauensvolle Beziehungen bestehen.

Über die Gründe für seine veränderte Einstellung sprach er im Bildungszentrum Schloß Eichholz mit Gästen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der mit Spannung erwartete Vortrag des in Palästina geborenen Diplomaten, des ersten Botschafters Israels in der Bundesrepublik, der die deutsche Sprache nicht als Muttersprache lernte, war Teil der Veranstaltung "Das Deutschlandbild der Kinder - Die Generation nach Auschwitz in Deutschland und Israel."

Der Botschafter begann seinen Vortrag mit einer Anspielung auf sein eben im Berliner Ullstein-Verlag mit dem Titel "... mit Ausnahme Deutschlands" erschienenes Buch. Er habe sich auf die ihm gestellte Thematik gut vorbereitet. Gleichwohl erfuhren die Anwesenden im nächsten Augenblick, daß auch er auf die ihm gestellte Frage keine einfache Antwort geben könne. Sein Resümee: "Die Generation nach Auschwitz, was diese Leute im Sinn haben und empfinden, das ist sehr unterschiedlich, sehr emotional." Und er ergänzte, daß sich da ein ständiger Kampf zwischen Vernunft und Emotion ereigne, daß aufgrund der an Juden vorgenommenen Verbrechen eine Narbe vorhanden sei.

Überhaupt: "Narbe". Dieser Begriff wurde verschiedentlich genannt. Avi Primor verriet beispielsweise, daß er seinem Buch ursprünglich den Titel "Die Wunde und die Narbe" geben wollte, dann aber auf Drängen des Verlages darauf



Avi Primor, Israels Botschafter in Deutschland

verzichtet worden sei. Gewählt habe man den zweiten Teil eines Eintrags in den ersten vom Staat Israel ausgegebenen Reisepässen. Diese enthielten nämlich den Vermerk: "Dieser Paß ist für alle Länder der Welt gültig mit Ausnahme Deutschlands."

Heute zeigt sich der Botschafter darüber erstaunt. Aus heutiger Sicht verwundert ihn vor allem, daß mit diesem Dokument ausschließlich das Reisen nach Deutschland verboten war, nicht aber in Länder, deren Regierungen lange Zeit eindeutig feindliche Positionen zu Israel eingenommen hatten. Seine in Eichholz zu hörende Erklärung: Man habe mit diesem "Bann" auf die von Deutschen an Juden vorgenommenen Verbrechen, Demütigungen und Verletzungen reagieren wollen.

Es sei der Wunsch gewesen, Deutschland für die Überlebenden zu einem weißen Fleck auf der Landkarte werden zu lassen - wie 500 Jahre zuvor Spanien, aus dem damals (im Rahmen der Reconquista) die jüdische Bevölkerung vertrieben worden war.

Primor schilderte die damaligen Motive, er sprach allerdings auch von Verdrängung. In diesem Zusammenhang ließ er keine Zweifel an seiner Überzeugung, daß Probleme durch Verdrängungen nicht gelöst werden können. - Er erwähnte in diesem Zusammenhang im übrigen nicht Verdrängungen in Deutschland, sondern auch solche in Israel.

Aufgrund der dort geradezu allgegenwärtigen Holocaust-Thematik sei es bei vielen seiner Landsleute verständlicherweise zu Abwehrhaltungen gekommen, es sei ihm selbst so gegangen. Verdrängungen in Deutschland allerdings, oft mit dem Satz "Wir haben nichts davon gewußt" zum Ausdruck gebracht, hätten ihn und viele andere in Israel gegen das Nachkriegsdeutschland eingenommen. David Ben Gurions Optimismus etwa, daß dieses Nachkriegsdeutschland ein anderes sei, in der Bevölkerung veränderte Einstellungen vorherrschten, eine neue Generation heranwachse, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun habe und die schrecklichen Ereignisse überzeugend verurteile - all dies habe er nicht teilen können.

## Bedeutung von Begegnungen

Heute gibt er David Ben Gurion recht. Avi Primor ist davon überzeugt, daß Deutschland inzwischen zu den wichtigsten Freunden seines Landes zu zählen ist. Wesentlich zur Veränderung seiner Einstellung, so der zeitweilig in Brüssel akkreditierte Diplomat, habe die stringente Europapolitik Deutschlands beigetragen. Vor allem der Ausspruch von Bundeskanzler Helmut Kohl habe ihm gefallen, daß ein deutsches Europa für ihn ein Alptraum, ein europäisches Deutschland hingegen sein Wunsch sei. Um weitere Gründe für die Veränderung seiner Einschätzung war Primor nicht verlegen. Er führte in diesem Kontext z.B. die Bedeutung von Begegnungen an, kam auf die nicht zu unterschätzenden Wirkungen des Jugendaustausches zu sprechen. Und als Indiz für gute zwischenstaatliche Beziehungen nannte er nicht zuletzt die Geduld auf einer Seite mit einer neuen, noch Fehler machenden Regierung des anderen Landes.

Die mit den Greueln geschlagene Wunde, so Israels Mann in Bonn, sei verheilt,

eine Narbe bestehe, Empfindlichkeiten ebenfalls. Natürlich registrierte man in Israel neonazistische Aktivitäten in Deutschland, gleichzeitig aber auch die eindrucksvollen Lichterketten.

Es sei so in seinem Land für alle, die aufmerksam beobachten, erkennbar, daß man sich in der Bundesrepublik auf ehrliche und grundsätzliche Weise mit der Vergangenheit beschäftige. - Eine für ihn grundlegende Voraussetzung für gelingende zwischenstaatliche und zwischenmenschliche Beziehungen.

### Vertrauen in die Zukunft

Primors Fazit: Die meisten Israelis seien heute davon überzeugt, daß für den überwältigenden Teil der deutschen Bevölkerung eine Verdrängung nicht in Frage komme. Daß in seinem Heimatland von einer Minderheit nach wie vor die Auffassung vertreten wird, daß es für Juden nicht in Frage kommen dürfe, "im Land ihrer Henker" zu leben, weiß er selbstverständlich. Er hält auf überzeugende Weise dagegen. Vor nicht langer Zeit sah er sich beispielsweise dazu veranlaßt, in Deutschland getroffene Äußerungen seines Staatspräsidenten öffentlich zu kritisieren. - Ein in der Welt der Diplomatie ganz und gar außergewöhnliches Vorkommnis.

Doch nicht nur dieses Verhalten des gegenwärtigen israelischen Botschafters hat für Aufsehen in Deutschland gesorgt. Auf zumindest eine andere seiner Entscheidungen sei hier noch hingewiesen - weil sie sein Vertrauen auf eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringt: Avi Primors jüngster Sohn besucht in Bonn-Bad Godesberg eine Grundschule. Sein Sohn, so der Diplomat, der von Deutschen bewacht wird, solle das heutige Deutschland kennenlernen - seiner Überzeugung nach die beste Voraussetzung für eine sachgerechte Differenzierung zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland. ■

#### Anm:

Willi Müller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bildungszentrum Schloß Eichholz.

## Furcht ist nicht in der Liebe...

### Christen und Muslime wissen zu wenig voneinander

Erwin Ortman

Es gibt Formen von Toleranz gegen Minderheiten, die die Mehrheit aggressiv machen. Der Gebetsruf des Muezzin über Lautsprecher ist eine solche Form. "Da wird die Kultur der Mehrheit an den Rand gedrängt", sagte Cornelia Schmalz-Jacobsen in einem Focus-Interview. Sie ist die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung.

Die Signale aus Duisburg-Laar, aus Dillenburg und anderen Städten zeigen an, wie sehr ungelöste Probleme unserer Ausländerpolitik zum innerkirchlichen und innenpolitischen Sprengstoff werden können.

Das sind zentrale Politikfelder. Sie werden an Bedeutung gewinnen. Das gilt für Deutschland und für die anderen Staaten der europäischen Gemeinschaft.

Stadtteile in den Ballungsräumen europäischer Städte haben einen hohen Anteil an ausländischer, in Deutschland an türkischer Wohnbevölkerung. Das gilt auch für Schulklassen und Betriebe. Neben lauten Streitigkeiten ist oftmals eine latente Unsicherheit der Mehrheit zu spüren. In Köln sagen ältere Bewohner, sie benutzen nach 19 Uhr bestimmte S-Bahnen nicht mehr. Tagsüber würden sie an einigen Haltestellen der Innenstadt nicht mehr aussteigen.

#### Loyalität - ein wichtiger Schlüssel

Der in Deutschland beginnende Umbau des teuren Sozialstaates, die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und weniger Ausbildungsplätze verschärfen die Situation. Teile der deutschen Wohnbevölkerung meiden Wohngebiete oder planen ihren Umzug.

Rund 2,5 Millionen Türken leben unter uns, darunter sind etwa 450.000 Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren.

Sie leben in einem Loyalitätskonflikt zwischen der Religion und Kultur ihrer Eltern und Großeltern und den Werten der Mehrheitsgesellschaft wie Demokratie, Nächstenliebe und Menschenrechte.

Loyalität zu unserem Land aber ist einer der wichtigen Schlüssel, der zu mehr Verständnis führt, ein Schlüssel für gegenseitige Achtung und Freundschaft.

Wir müssen den Einwanderern Gelegenheit geben, deutsche Patrioten zu werden, meinte Frau Schmalz-Jacobsen in dem schon erwähnten Focus-Interview.

Jüngste soziologische Untersuchungen haben zutage gefördert, daß türkische Jugendliche ihr nationales und religiöses Selbstbewußtsein nicht mehr hinterfra-

#### Schlagwort "Multikulturell"

Prof. Bassam Tibi meint, das Schlagwort "Multikulturell" unterstelle ziemlich naiv, es genüge ein guter Wille, um Probleme zu lösen. Er beschreibt und umreißt die Unterschiede zwischen Christen und Muslimen, zwischen den Zivilisationen und Kulturen. Diese Unterschiede verursachten zentrale Konflikte, wenn sie nicht bewußt gemacht würden.

In seinem Buch "Krieg der Zivilisationen" spielt Prof. Tibi in Übereinstimmung mit amerikanischen Wissenschaftlern für Internationale Beziehungen auf mögliche Konflikte an, die nun nach dem Ende des Kalten Krieges ausbrechen könnten. Vorläufer sind für ihn die "kleinen" Kriege auf dem Balkan und im Kaukasus. Sie zu verhindern, so Tibi, wäre mit Hilfe eines vertieften Wissens voneinander am ehesten möglich.

gen, bei vielen wachse ein Gefühl der Überlegenheit. So beispielsweise die ausgezeichnete Untersuchung: "Verlockender Fundamentalismus/Türkische Jugendliche in Deutschland" (edition suhrkamp). Sie wird verantwortet von dem bekannten Gewalt- und Konfliktforscher Prof. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld.

### Offen und säkularisiert

Wir leben in einer offenen und zunehmend säkulareren Gesellschaft. Die Freiheit der Religion gilt für Christen und Muslime. Seit vielen Jahren ist es möglich, daß bekennende Muslime in Instituten, Verwaltungen oder Betrieben ihren Gebetsteppich ausrollen. Dafür gibt es besondere Stellen oder Räume. Das wurde von der Mehrheit als selbstverständlich eingeordnet. Erst der laute Ruf des Muezzin rief Proteste hervor.

Die Unruhe vor Ort machte auch die Mächtigen mobil. Der ägyptische Großscheich Tantawi, auf ihn hören rund eine Milliarde Muslime, sagte: Wenn in Deutschland vor allem Christen im näheren Umkreis einer Moschee wohnen und sich durch den Ruf des Muezzin gestört fühlen, soll nach islamischem Recht dieser Ruf nur innerhalb der Moschee zu hören sein.

Sein Gesprächspartner war Kirchenpräsident Steinacker, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau. Tantawi fügte hinzu: Ein Verbot des Gebetsrufes sei äußerst hart. Es sei aber wichtig, daß "die christlichen Brüder nicht durch den Gebetsruf gestört würden."

### Mutter der Toleranz

Christen und Muslime wissen zu wenig voneinander. Wir sollten das von uns aus ändern, weil Furcht nicht in der Liebe ist. Mit Hilfe der kirchlichen und gesellschaftlichen Infrastruktur sollten wir in der Lage sein, pragmatisch Wege für notwendige Kontakte und Gespräche zu finden.

Was uns nicht weiterbringt, ist eine rührselige Toleranz, wie sie oft bei rechtsradikalen Übergriffen eingeklagt wird. Lichterketten können die Stim-

mung verbessern, alle dazu bereit machen, die Gleichgültigkeit abzustreifen.

Im Grunde sind harte Arbeit und anhaltende Diskussionen gefordert, um unser Verhalten im nachbarlichen und betrieblichen Alltag zu verbessern. Die Liebe zum Nächsten ist in Westeuropa die Mutter der Toleranz, sie sucht Wege zum Dialog. Er sollte es auch möglich machen, das Verhältnis von westlicher Demokratie, individuellen Menschenrechten und Frieden miteinander zu diskutieren.

### Konflikte zur Sprache bringen

In diesem Dreieck liegen einige Konfliktfelder. Vielleicht gelingt uns aber im Laufe einiger Jahre, eine verbindende, einige Barrieren überschreitende Moralität zu erreichen. Der in Deutschland lehrende Muslim Prof. Dr. Bassam Tibi hält eine solche gemeinsame Moralität für ein wichtiges Ziel.

Zurück zum deutschen Alltag. Was sollten junge Deutsche und Türken tun, um besser miteinander umgehen zu können? Vielleicht dieses: Sie sollten damit beginnen, ihre Exklusivität, ihre auswählende Zurückhaltung, zu reduzieren. Das wäre nicht die Aufgabe des eigenen Ichs, der Identität im Namen einer falsch verstandenen multikulturellen Toleranz. Es wäre ein erster Schritt.

Es wäre so möglich, Konflikte und Mißverständnisse friedlich zur Sprache zu bringen. Mit Mut und Gelassenheit.

Es gibt aber auch gemeinsame Problemlagen: etwa, wie bekennende Muslime ihren Koran in Übereinstimmung bringen mit den deutschen Gesetzen, mit dem Grundgesetz. Oder: Wie argumentieren bekennende Christen auf Versuche in Kirchen und in Gesellschaft, die ihren geliebten Glauben entkernen wollen?

Versöhnung, das war immer harte Arbeit. Der 1. Johannisbrief im Neuen Testament sagt: Furcht ist nicht in der Liebe, sondern die völlige Liebe treibt die Furcht aus...

CD-Rom "Martin Luther", Hänssler Verlag, Neuhausen 1997

Die anlässlich der Buchmesse in Leipzig vorgestellte CD-ROM "Luther Digital" enthält etwa 1000 Dokumente in Bild, Text und Ton, die der breiten Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich waren. Außerdem wird das Leben des Reformators und seiner Zeitgenossen in einem Trickfilm beschrieben. Er basiert auf Originalzeichnungen, Gemälden und Stichen, ergänzt durch eine Neuaufnahme der Luther-Choräle.

Autor Prof. Dr. Helmar Junghans setzte diese anspruchsvolle Aufgabe zusammen mit dem Medieninstitut Berlin (mib) unter der Leitung von Prof. Arthur Engelbert um.

### Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

"Wo lassen Sie Ihre Meinung bilden?"  
Einfluß, Macht und Gefahren der Medien

Vortrag und Betriebsbesichtigung  
**Mittwoch, 25. Juni 1997**  
in Bietigheim-Bissingen

**18.30 Uhr:** Hotel Rose, Kronenbergstr. 14  
Vortrag: "Medien machen Meinung"  
mit: Hans-W. Kalb, SDR

**20.30-21.30 Uhr:** Verlag Bietigheimer  
Zeitung, Kronenbergstr. 10

Anmeldung bei Ulrich Hirsch,  
Telefon 0 70 46/26 32  
Strombergstr. 62, 74343 Sachsenheim

### Der EAK-Essingen lädt ein:

"Kruzifixurteil contra  
Kopftuchentscheidung"

**Donnerstag, 26. Juni 1997, 20 Uhr**  
Altes Gemeindehaus, Alleenstr. 116,  
Kirchheim/Teck

mit:  
Prof. Dr. Peter Beyerhaus,  
Dekan Hartmut Ellinger,  
Dr. Gisela Meister-Scheufelen, MdL,  
Michael Blume

Weitere Informationen bei Peter Schuster,  
Telefon 0 70 21/4 64 35

### Aus unserer Arbeit

#### Die Amtskirche muß sich ändern

**Hamburg.** „Ideologien - Der falsche Glaube. Neue Wege aus der Krise“ - Dies war das Motto einer abendlichen Diskussionsveranstaltung des EAK des CDU-Ortsverbandes Wandsbek.

Im gut besuchten Großen Saal der Friedenskirche zu Hamburg-Eilbek entstand eine lebhaft diskutierte Diskussion zwischen dem Plenum und den von der CDU eingeladenen Teilnehmern auf dem Podium, darunter Pastoren aus Hamburg und Flensburg sowie der Wandsbeker CDU-Ortsvorsitzende und Bürgerschaftskandidat **Ralf Niedmers**.

„Nicht der Glaube, sondern die Kirche muß sich der gewandelten Gesellschaft anpassen“, so **Thomas P. Reiter**, Sprecher des EAK der CDU-Wandsbek. „Die Menschen sind heute mehr denn je auf der Suche nach Symbolen und tieferen Wahrheiten.“

„Es hat sich gezeigt, daß der vom EAK angestrebte Dialog zwischen Christen und Nichtchristen in Politik und Gesellschaft einerseits sowie der Amtskirche andererseits nicht nur dringend notwendig, sondern auch möglich ist.“

Eine kritische, offene und gelungene Diskussion über den Weg der Kirche in das neue Jahrtausend“, resümierte der Wandsbeker CDU-Vorsitzende **Ralf Niedmers**. ■

#### Neue Kultur des Helfens und des Gemeinsinns

**Ettlingen.** „Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind von hohem Wert und weltweit einzigartig“, betonte der EAK-Landesvorsitzende Dekan **Franz Doleschal** während der diesjährigen Landestagung des christdemokratischen Verbands, der die evangelischen Christen innerhalb der Union in Baden vertritt. Das Verhältnis der öffentlichen sozialen Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt sei in den letzten 20 Jahren nahezu auf dem gleichen Stand geblieben. Weder sei der Sozialstaat zerschlagen worden, noch wäre er maßlos ausgeüfert. Das Problem seien vielmehr explosionsartige Steigerungen in einzelnen Bereichen wie der Sozialhilfe und die ausschließliche Finanzierung der sozialen Ausgaben über die Erwerbstätigen, so **Doleschal**. Bei den absehbaren demographischen Entwicklungen müßte verstärkt dazu übergegangen werden, soziale Leistungen aus dem allgemeinen Haushalten zu finanzieren. Als Beispiel nannte **Doleschal** die versicherungsfremden Leistungen bei der Rente, die dem Rentenbeitragszahler nicht weiter aufgebürdet werden dürften.

Über die notwendigen Reformen zur Erhaltung des Sozialstaats diskutierten während der Landestagung in Ettlingen kompetente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kirche wie der Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, **Dr. Erwin Vetter**, **Prof. Dr. Hansjörg Weitbrecht** von der Universität Heidelberg und Mitglied im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU), der Bundestagsabgeordnete

und Generalsekretär der Landes-CDU, **Volker Kauder**, die Landtagsabgeordnete und ehemalige Präsidentin des Landesgewerbeamtes, **Dr. Gisela Meister-Scheufelen** sowie Oberkirchenrat **Wolfgang Schneider**, Leiter des Diakonischen Werkes in Baden. ■

#### Globale Chance

**Fürth.** Der Konsultationsprozeß der beiden Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ ist beendet. Der Evangelische Arbeitskreis der CSU nutzte die Gelegenheit, aus diesem und dem Anlaß des 100. Geburtstages von Ludwig Erhard seine Jahrestagung mit dem Thema „Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft - Wie reformfähig ist Deutschland?“ auszurichten.

Hauptredner war **Dr. Hermann Franz**, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG. Er stieg gleich ein in die Diskussion um das Kirchenwort, das er als deutlich besser bezeichnete als den Entwurf von 1994, vor allem von deutlich größerer Offenheit für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Es genüge aber nicht, das Los der Armen und Arbeitslosen zu beklagen und davor zu warnen, den Sozialstaat wirtschaftlichen Interessen zu opfern. Notwendig wäre vielmehr, auf die Bedeutung und die Folgen der Globalisierung einzugehen und zum Beispiel darauf hinzuweisen, daß die Verantwortung für die Beschäftigung in Deutschland zwar nicht allein, aber doch zu einem sehr großen Teil bei den Tarifpartnern liegt.

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende **Dr. Ingo Friedrich** hatte in seiner Einleitung schon das Thema angerissen: Das Wort „Dienstleistung“ habe einen schlechten Klang bekommen und sei doch das Schlüsselwort. Denn „Dienen“ und „Leisten“ seien nicht sonderlich populär. Viele Diskussionsbeiträge bestätigten seine Ausführungen. Dabei, so **Franz**, sei vor allem auf die selbsttragenden Kräfte im Menschen zu setzen. ■

#### Neuer Vorsitzender in Unna

**Unna.** **Ralf Wachsmuth** ist der neue Vorsitzende des Ev. Arbeitskreises der CDU im Kreisverband Unna. Der Bergkammerer löst den Schwerter **Dr. Karl Göckmann** ab, der den Arbeitskreis mehr als zehn Jahre geführt hat und auch weiterhin dem Vorstand als stellv. Vorsitzender zusammen mit **Reinhard Hentschke** aus Werne angehört. Als Beisitzer fungieren **Manfred Münch**, **Elke Middendorf** und die Schwerterin **Marianne Zimmermann**. ■

#### Religionsunterricht in Bedrängnis

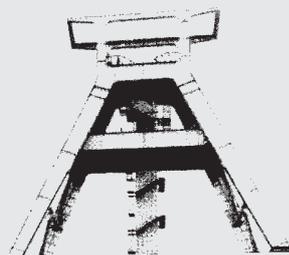
**Mettmann.** Frauenunion und Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU im Kreis Mettmann hatten den Landesvorsitzenden NRW des EAK, **Thomas Rachel**, MdB, zu Gast in einer gemeinsamen Veranstaltung. Er referierte aus aktuellem Anlaß zum Thema „Religionsunterricht in Bedrängnis? Kirche ohne Staat - Staat ohne Kirche?“ ■

... Wir haben wirtschaftliche Probleme und wir stecken mitten in einer Neubesinnung unseres Verhältnisses zum Staat. Doch habe ich keinen Anlaß zu zweifeln, daß sich die Soziale Marktwirtschaft auch in dieser schwierigen Zeit bewähren wird. Voraussetzung bleibt allerdings, daß wir uns ihrer Leitgedanken nicht nur erinnern, sondern sie auch beherzigen. Daß sie verändert und fortentwickelt werden kann und muß, das ist für die Soziale Marktwirtschaft aber charakteristisch, ja, geradezu systembedingt. Bringen wir also unsere Ideen ein! Der schöpferischen Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Nutzen wir die Chancen, die die Soziale Marktwirtschaft bietet! Ihre Gestaltungsfreiheit ist ihre Stärke. Mit den Worten von Ludwig Erhard ausgedrückt: „Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch, der Verbraucher, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht. ...

(Jochen Borchert in seiner Eröffnungsrede)

## Soziale Marktwirtschaft gestalten – neue Arbeitsplätze schaffen

6.-7. Juni 1997



Im Gespräch: Hermann Gröhe, Dr. Wolfgang Schäuble, Jochen Borchert, Thomas Rachel (von links)

## 36. Bundestagung des EAK

... Wenn sich in den letzten Wochen einige Landeskirchen und die Evangelische Kirche in Deutschland zu Fragen des Menschenbildes in einer sich verändernden Gesellschaft, zum Religionsunterricht oder zu Fächern wie Praktische Philosophie oder Ethik oder LER geäußert haben, dann ging es ihnen nicht nur darum, sich allgemein dafür einzusetzen, daß ein Gespür für die religiöse Dimension des Menschen wachgehalten oder wachgerufen wird; es geht auch darum, die guten christlichen Angebote des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe an Menschen heranzutragen, die von Sorgen, Schuld und Hoffnungslosigkeit erdrückt zu werden drohen. ...

(Kirchenrat Peter Krug in seiner Morgenbesinnung)

... Die Werteerziehung ist von fundamentaler Bedeutung für eine funktionierende Gesellschaft. Um dabei aber eine staatliche Indoktrination zu vermeiden und gleichzeitig den unterschiedlichen Situationen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden, muß Werteerziehung – so wie es das Grundgesetz vorsieht – in einem realisierbaren Maß mit verschiedenen Unterrichtsangeboten und in Übereinstimmung mit den Religionen und Weltanschauungen auf die verschiedenen weltanschaulichen und religiösen Situationen der Lernenden eingehen.

In Deutschland geschieht dies in angemessener und bewährter Weise durch den konfessionsgebundenen Religionsunterricht und Fächer wie Ethik oder Praktische Philosophie. ...

(Thomas Rachel in seinem Grußwort an die Teilnehmer)

## „Flexibilität fördern, Überregulierung abbauen und unternehmerische Initiativen nachhaltig unterstützen!“

Anlässlich der 36. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU erklärte der Bundesvorsitzende, Bundesminister Jochen Borchert, MdB:

Die hohe Arbeitslosigkeit ist die Herausforderung unserer Zeit. Sie löst Ängste und Befürchtungen bis in die junge Generation hinein aus. Sie bedroht den gesellschaftlichen Grundkonsens, der dringend benötigt wird, um in Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen die hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen, zumindest erheblich zu reduzieren.

Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt läßt sich nur erreichen, wenn wir den strukturellen Wandel erleichtern, indem wir Flexibilität fördern, Überregulierung abbauen und unternehmerische Initiativen nachhaltig unterstützen. Nur so sind wir dem freien europäischen Binnenmarkt und der Verschärfung des Wettbewerbs durch die Globalisierung der Märkte gewachsen. Nur so können die Wachstums- und Innovationsschwäche überwunden, vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die hohe Arbeitslosigkeit kann nicht ausschließlich von Wirtschaft und Politik bekämpft und beseitigt werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert. Wir können nicht einfach alles vom Staat erwarten. Das Verhältnis von gesetzlich verordneter Solidarität und eigenverantwortlicher Subsidiarität ist so auszutarieren, daß eine neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik entstehen kann. Auch die Tarifpartner müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Wir haben mit der Sozialen Marktwirtschaft das richtige Gesellschaftssystem. Sie verbindet die persönliche Freiheit des einzelnen mit dem sozia-

len Ausgleich in der Gesellschaft. Auf dieser Basis haben wir das einzigartige Wirtschaftswunder nach dem 2. Weltkrieg erlebt. Auf dieser Basis ist der Aufbau in den neuen Bundesländern, der schwerer war, als angenommen, erheblich vorangekommen. Auf dieser Basis haben wir ein einzigartiges soziales Sicherungssystem entwickelt, das seinesgleichen in der Welt sucht und in unserer Gesellschaft humane Lebensumstände und soziale Sicherheit garantiert.

### Den Menschen Mut geben

Mit dem konsequenten Spar- und Konsolidierungsprogramm ist die Bundesregierung auf einem guten Weg. Der Geldwert ist stabil, die Investitionen nehmen zu. Dies sind Vorboten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein Aussetzen dieses Kurses, so verlockend es aus wahltaktischen Erwägungen sein mag, gefährdet das Ganze. Neue Schulden gehen nur zu Lasten der jungen Generationen und verschärfen die Probleme in der Zukunft.

Wir können Verunsicherung und Orientierungslosigkeit nur überwinden, wenn wir

- ▶ zu einer offenen Leistungsgesellschaft zurückfinden,
- ▶ den Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren,
- ▶ soziale Leistungen für die wirklich Bedürftigen sichern,
- ▶ die Eigenverantwortlichkeit stärken
- ▶ alles tun, damit das Investieren in Deutschland sich wieder lohnt.

Sichere Arbeitsplätze gibt es nur bei wirtschaftlichem Erfolg der Unternehmen.

So können wir die Arbeitslosigkeit überwinden, tiefgreifende soziale Spannungen abfangen und den Menschen Mut und Zuversicht geben.

Die Säkularisierung unserer Gesellschaft nimmt unbestreitbar zu. Das Wissen um die tragenden Werte und Prinzipien unserer Kultur gehen mehr und mehr verloren. Aber: der Bedeutungsverlust der Kirchen und des Christlichen machen es um so notwendiger, auf das Christentum als unabänderliche Grundlage unseres Verständnisses von Freiheit und Gleichheit, von Gerechtigkeit und Solidarität immer wieder hinzuweisen.

### (Jochen Borchert in seinem Tätigkeitsbericht)



Dr. Schäuble und Jochen Borchert erwarben die Triple-Z-Aktie zur Unterstützung von Existenzgründungen von Jungunternehmern

... Das Motto Ihrer Bundestagung beschreibt zutreffend die derzeit wichtigste innenpolitische Aufgabe, nämlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserem Land. Angesichts von mehr als vier Millionen Arbeitslosen ist rasches Handeln geboten, deshalb dulden auch die notwendigen Veränderungen keinen Aufschub. Die großen Reformprojekte – allen voran die Steuerreform – sind unverzichtbar, um Investitionen in Deutschland attraktiver zu machen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. ...

(Der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, in seinem schriftlichen Grußwort)

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-3 05/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!



# Der am 7. Juni 1997 neugewählte EAK-Bundesvorstand:

## Bundvorsitzender:

Bundesminister  
Jochen Borchert, MdB

## Beisitzer:

Ingeborg Babucke,  
Baden  
  
Hans Bleckmann, Schleswig-  
Holstein

Thomas Rachel,  
MdB, NRW

Michael Schekatz,  
Sachsen-Anhalt

## Stellvertreter:

Dr. Ingo Friedrich,  
MdEP, Bayern  
  
Staatsminister  
Dr. Hans Geisler, MdL, Sachsen  
  
Dieter Hackler, NRW  
  
Gustav Isernhagen,  
Niedersachsen  
  
Ministerin  
Christine Lieberknecht, MdL,  
Thüringen

Stefan Dachsels,  
Berlin-Brandenburg  
  
Ute Ernsting,  
Niedersachsen  
  
Ilse Falk, MdB, NRW  
  
Dietmar Franke,  
MdL, Sachsen  
  
Harald Häbeler, Bayern  
  
Johanna Köhler,  
MdL, Thüringen

Dr. Peter Schneemelcher, NRW  
  
Friedemann Schwarzmeier,  
Rheinland-Pfalz  
  
Tobias Utter, Hessen  
  
Klaus Weigelt, Brüssel  
  
Uwe Wienholz,  
Württemberg  
  
Karin Wolff, MdL,  
Hessen

## Unsere Autoren:

Dr. Fritz Hähle, MdL  
Holländische Straße 2  
01067 Dresden

Christine Lieberknecht  
Simrockstraße 13  
53113 Bonn

Udo Hahn  
Rheinischer Merkur  
Godesberger Allee 91  
53175 Bonn

Kurt-Dieter Grill, MdB  
Bundeshaus  
53113 Bonn

Willi Müller  
Schloß Eichholz  
Urfelder Straße 221  
50389 Wesseling